## Inhaltsverzeichnis

	rtzungsverzeichnis	
Kapit	el 1: Einführung in die Gesetzgebungstechnik	
-	ynamischen Verweisung	1
·	_	
§ I Ein	leitung	3
§ 2 Gr	undlagen der Verweisungstechnik	5
A. Terr	ninologische Grundlagen – Verweisungsarten	5
I.	Ausdrückliche und stillschweigende Verweisungen	
II.	Deklaratorische und konstitutive Verweisungen	
III.	Binnen- und Außenverweisungen	9
IV.	Eigen- und Fremdverweisungen	
V.	Statische und dynamische Verweisungen	11
	1. Statische Verweisungen	11
	2. Dynamische Verweisungen	12
	3. Abgrenzung von statischer und dynamischer Verweisung.	
	a) Hinweise im Normtext	
	aa) Hinweise auf statische Verweisungen	
	bb) Hinweise auf dynamische Verweisungen	15
	b) Ohne Hinweise im Normtext	16
B. Rec	htswirkung von Verweisungen	19
Ī.	Rang des inkorporierten Inhalts	
II.	Auswirkungen auf Rechtsschutzmöglichkeiten gegen den	
•	inkorporierten Inhalt	21
Ш.	Anpassungsautomatik dynamischer Verweisungen	
C. Besi	ondere Formen (dynamischer) Verweisung	22
Ī.	Verweisungsanalogie	
II.	Globalverweisungen	
III.	Weiter- und Kettenverweisungen	

	IV.	Fixtion and geseizhene vermatung	
	V.	Normergänzende und normkonkretisierende Verweisungen	27
		1. Normergänzende Verweisungen	27
		2. Normkonkretisierende Verweisungen	27
	VI.	Legaldefinitionen	29
	VII.	Blankettstrafgesetze	.30
		Andere Verweisungsformen	
D	.Vor-	und Nachteile der (dynamischen) Verweisungstechnik	31
	I.	Vorteile/Funktionen (dynamischer) Verweisungen	31
	II.	Nachteile (dynamischer) Verweisungen	
E	Vork	nältnis dynamischer Fremdverweisungen zur	
1		gation/Ermächtigung	34
	I.	Verlagerung von Rechtsetzungsbefugnissen	
	ı. II.	Abgrenzung zur Delegation/Ermächtigung.	
	III.	Dynamische Fremdverweisungen als "de facto-Delegation"	
	111.		
		1. Unterschied zwischen statischer und dynamischer Verweisung	
		2. Veränderung der Zuständigkeitsordnung	35
		3. Unterschied hinsichtlich der "Regelungsdichte" und fehlende	4.0
		Übertragung von Rechtsmacht	
		4. Fehlende Kenntnis des Verweisungsobjektgebers	
		5. Begrenzung qua spezieller Verfassungsnorm	
		6. Rang der erlassenen bzw. in Bezug genommenen Normen	
		7. Zusammenfassung	43
Ş	3 Ein	grenzung des Untersuchungsgegenstands	45
K	apite	el 2: Verfassungsmäßigkeit dynamischer Verweisungen	
		fachgesetzlichen Regelungen	47
	VIII.	tanibees for the Potential Transfer Tra	
Ş	1 Ver	einbarkeit mit dem Demokratieprinzip	49
A	. Ver	weisungsrelevante Gehalte des Demokratieprinzips	49
	I.	Allgemeine Anforderungen	49
		1. Repräsentation des Volkes durch legitimierte Repräsentanten	
		2. Verbot der (vollständigen) Entäußerung von Rechtsetzungs-	
		befugnissen	52
		3. Demokratische Homogenität in den Ländern	
	П.	Parlamentsvorbehalte	
	***	1. Wesentlichkeitstheorie	
		2 (Spezial-)Grundrechtliche Gesetzesvorbehalte	

В.	Vereinbarkeit dynamischer Eigenverweisungen mit dem Demokratie- prinzip5
C.	Vereinbarkeit dynamischer Fremdverweisungen mit dem Demokratie-
	prinzip5
	I. (Spezial-)Konstellationsunabhängige Beurteilung/Verhältnis
	Bundes- und Landesrecht5
	1. Demokratiemaximierende Auffassung5
	a) Konstellationsunabhängige Aspekte5
	b) Verweisungen im Verhältnis von Bundes- und Landesrecht5
	aa) Grundsätzliche Unvereinbarkeit mit dem
	Demokratieprinzip6
	bb) Partielle Ausnahme für Verweisungen von Bundesrecht
	auf Landesrecht6
	c) Kritische Beurteilung6
	aa) Fehlende parlamentarische Beratung von Änderungen
	der Verweisungsnorm6
	bb) Gesetzgebungsmonopol6
	cc) "Regierung" durch anderes Volk
	dd) Auslegung als Vorbehalt/Freigabe zugunsten der
	Landesgesetzgebung6
	2. Rechtsrealistisch vermittelnde Auffassung6
	a) Lösungsansatz der rechtsrealistisch vermittelnden
	Auffassung6
	aa) Spezialgrundrechtliche Gesetzesvorbehalte und
	Wesentlichkeitstheorie als Beurteilungsmaßstab6
	bb) Anforderungen an Verweisungen abseits spezialgrund-
	rechtlicher Gesetzesvorbehalte und der Wesentlichkeits-
	theorie6
	(1) Begrenzung nach Inhalt, Zweck und Ausmaß6
	(2) Sonstige Begrenzungskriterien6
	(a) Allgemeine Begrenzungskriterien6
	(b) Verhältnis von Bundes- und Landesrecht6
	(3) Anforderungen hinsichtlich des Maßes
	der Begrenzung70
	(4) Ausnahme: Verweisungen im Bereich von
	Verfahrensregeln79
	(5) Ausnahme: Verweisung im Bereich zulässiger
	Delegation7
	(6) Beobachtungspflicht des verweisenden Gesetzgebers7
	(7) Sonderkonstellation: Verhältnis Bundes- und
	Landesrecht7
	b) Argumente der rechtsrealistisch vermittelnden Ansicht

	aa)	Begrenzung als ausreichende Anforderung	.72
		Angemessener Ausgleich zwischen Demokratie und	
	,	Entlastung des Gesetzgebers	.73
	cc)	Möglichkeit der nachträglichen Korrektur	
		Praktikabilitätserwägungen	
		Verweisung auf formelle Gesetze	
c)		tische Beurteilung	
٠,		Wesentlichkeitstheorie/spezialgrundrechtliche	• · ·
	uuj	Gesetzesvorbehalte	75
	hh)	"Begrenzung" der Verweisung	
	00)	(1) Möglichkeiten einer Begrenzung	
		(2) Auszuschließende Begrenzungskriterien	
		(3) Ausgestaltung als widerlegliche Vermutung	
		(4) Spezielle Begrenzungsmöglichkeiten im	.,,
		Bund-Länder-Verhältnis	70
	00)	Maß der Begrenzung	
		Ausnahmen	
	uuj	(1) Ausnahme für Verfahrensregelungen	
		(2) Ausnahme im Bereich zulässiger Delegation	
		(3) Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz von	.01
		Verweisungsnormgeber und Verweisungs-	
		objektgeberobjektgeber und verweisungs-	01
		(4) Ausschließliche Kompetenz des Verweisungsobjekt-	.01
		gebers	93
	>		
	-	Nachträgliche Korrektur/Beobachtungspflicht	02
	ff)	Ausgleich zwischen Demokratie und Entlastung	0.4
		des Gesetzgebers	
3 37		Praktikabilitätserwägungen	
		isungsmaximierende Ansicht	
		gründungsansatz	
		tische Beurteilung	
		Debus	
		alt der Ansicht	
b)	Kri	tische Beurteilung	88
		mationsanknüpfende Ansicht	
		alt der Ansicht	
		tische Beurteilung	
		ian Schröcker	
		sprechung	
a)		ndesverfassungsgericht	
		BVerfGE 26, 338	
		BVerfGE 47, 285	
	cc)	BVerfGE 60, 135 und BVerfGE 67, 348	94

	dd) BVerfGE 141, 143	95
	ee) BVerfGE 160, 336	95
	ff) 1 BvR 1619/17	96
	b) Bundesverwaltungsgericht	97
	c) VG Hamburg und OVG Hamburg	98
	aa) VG Hamburg, NJW 1979, 667	98
	bb) OVG Hamburg, NJW 1980, 2830	
	d) Kritische Beurteilung	
	8. Stellungnahme zur Vereinbarkeit dynamischer Fremd-	
	verweisungen mit dem Demokratieprinzip	102
	a) Bisherige Erkenntnisse	103
	b) Konsequenz/Lösungsansatz	104
	aa) Dynamische Verweisung als eigene Entscheidung	104
	bb) Inhaltliche "Absicherung" der Verweisung gegen	
	beliebige Regelung des Verweisungsobjektgebers	105
	(1) Notwendigkeit einer Übernahmelimitierung	105
	(2) Anforderungen an eine Übernahmelimitierung	106
	(a) Fehlende Übertragbarkeit des "Zwecks"	106
	(b) Übertragbarkeit des "Inhalts"	108
	(c) Übertragbarkeit des "Ausmaßes"	108
	(d) Zusätzliche Möglichkeit "qualitativer	
	Begrenzung"	109
	cc) Rückführbarkeit auf das jeweilige Staatsvolk	
	(1) Verweisungen von Bundesrecht auf das Recht	
	eines Landes sowie vom Recht eines Landes auf	
	das Recht eines anderen Landes	112
	(2) Verweisungen von Landesrecht auf Bundesrecht	112
	(a) Demokratische Legitimation	112
	(b) Effektiver Einfluss	113
	(c) Hinreichendes Legitimationsniveau	114
	(3) Verweisungen von Bundesrecht auf das Recht	
	des jeweiligen Landes	115
	dd) Gesamtergebnis für Verweisungen im Verhältnis von	
	Bundes- und Landesrecht	116
Π.	Spezialkonstellationsspezifische Beurteilung	
	1. Verweisungen auf Exekutivvorschriften	
	a) Annahme einer Unvereinbarkeit mit dem Demokratieprinzi	
	b) Differenzierung nach Verweisungsobjekten	118
	c) Theorie der (weitgehenden) Vereinbarkeit mit dem	
	Demokratieprinzip/Zulässigkeit normkonkretisierender	
	Verweisungen	
	d) Rechtsprechung	
	e) Stellungnahme	119

			verwanungsvorschritten	
		bb)	Rechtsverordnungen	122
			(1) Anwendungsbereichserhaltende Verweisungen	123
			(2) Anwendungsbereichserweiternde Verweisungen	123
		cc)	Ergebnis	
2.	Ve		isungen auf nichtstaatliche Vorschriften	
			se der Unvereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip	
	b)	Nor	mergänzende und normkonkretisierende Verweisungen.	125
	c)	Diff	ferenzierung zwischen konstitutiven Verweisungen und	**
			erleglichen Vermutungen	127
	d)		nahme einer Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip	
			hinreichender Begrenzung)	.128
	e)		mbinationsansatz	
			thias Schwierz	
			htsprechung	
	67		Bundesverfassungsgericht	
			Bundesverwaltungsgericht	
	h)	Stel	lungnahme zur Vereinbarkeit dynamischer Verweisunge	n
	,		nichtstaatliche Vorschriften	
			Unerheblichkeit einer "Begrenzung" oder eines	
		,	feststehenden Regelungsbereichs	136
		(dd	Fehlende Übertragbarkeit der Kriterien des Art. 80	
		,	Abs. 1 GG	137
		cc)	Benennung rechtsetzender Organe durch das	
		,	Grundgesetz	137
		dd)	Normkonkretisierende Verweisungen	
		,	(1) Kritik an diesem Standpunkt	
			(2) Praktische Konsequenzen	
		ee)	Verweisungen auf Tarifverträge	
			Zusammenfassung	
3.	Ve		isungen auf Unionsrecht	
			orie der Unvereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip	
			ferenzierung zwischen normergänzenden und norm-	
	ĺ		kretisierenden Verweisungen	142
	c)		se der (grundsätzlichen) Vereinbarkeit mit dem	
			nokratieprinzip	142
			Verweisungen auf Verordnungen (anwendungsbereichs	
			erweiternd)	
			(1) Hinreichende Begrenzung	
			(2) Zulässige Delegation	
		bb)	Verweisungen auf Richtlinien (nicht anwendungs-	
			bereichserweiternd)	144
		cc)	Keine Unterscheidung nach Rechtsakten.	

d) Rechtsprechung	
aa) Bundesverfassungsgericht	
bb) Bundesverwaltungsgericht	
e) Stellungnahme	
aa) Anwendungsbereichserhaltende Verweisungen	
(1) Dynamische Verweisungen auf Richtlinien	.154
(a) Fehlende Übertragung von Rechtsetzungs-	
befugnissen	
(b) Zulässigkeit einer Verweisung trotz Umsetzungs	
spielräumen?	
(2) Dynamische Verweisungen auf Verordnungen	
bb) Anwendungsbereichserweiternde Verweisungen	.157
(1) Übertragung der Grundanforderungen für	
dynamische Fremdverweisungen	.157
(2) Demokratische Legitimation gegenüber dem	
Staatsvolk des Verweisungsnormgebers	.158
(3) Demokratische Legitimation außerhalb des	4
Kompetenzbereichs?	.158
(4) Legitimationsdefizit der gesetzgebenden	1.00
Unionsorgane?	
(5) Verweisungen von Landesrecht auf Unionsrecht	
cc) Zusammenfassung	
III. Ergebnis	.101
§ 2 Vereinbarkeit mit dem Publikationsgebot	.163
A. These der (weitgehenden) Unvereinbarkeit mit dem Publikationsgebot.	.164
B. Theorie des Erfordernisses einer amtlichen Publikation	.166
I. Veröffentlichungserfordernis für das Verweisungsobjekt	.166
II. In einem für amtliche Anordnungen geeigneten Publikationsorgan	
C. Annahme einer (umfassenden) Vereinbarkeit mit dem Publikations-	
gebot/Stellungnahme	.170
I. Anwendung der speziellen Verkündungsnormen	.170
II. Publikation des Verweisungsobjekts nach Maßgabe des	
Rechtsstaatsprinzips	.172
1. Eigenverweisungen	
2. Fremdverweisungen	
a) Amtliche Publikationen	
aa) Zugänglichkeit/zumutbare Kenntnisnahmemöglichkeit	.173
bb) Verlässlichkeit	
b) Nichtamtliche Publikationen	.177
aa) Verlässlichkeit	177

	bb) Zugänglichkeit	179
	cc) Vergleichbarkeit mit amtlichen Publikationen	180
	dd) Abgeschwächte Problematik für normkonkretisierende	
	Verweisungen	181
	c) Angabe einer Fundstelle oder des Publikationsorgans	
	d) Vereinbarkeit mit der Verkündungspraxis	183
	e) Verfremdung und Überfrachtung der Gesetzblätter	
	f) Urheberrechtliche Bedenken	184
III.	Ergebnis	
	einbarkeit mit dem Bundesstaatsprinzip/der Kompetenzordnung	
des	s Grundgesetzes	187
A. Verv	weisungsrelevante Anforderungen des Bundesstaatsprinzips	187
B. Very	weisungsrelevante Anforderungen der Kompetenzordnung	
des	Grundgesetzes	189
C. Verf	fassungsrechtliche Bewertung	. 191
I. II.	These der unzulässigen Kompetenzübertragung	191
11.	Kompetenzbereich	102
III.	Übertragung der Anforderungen des Demokratieprinzips	
IV.	These der Vereinbarkeit mit dem Bundesstaatsprinzip sowie der	
1 .	Kompetenzordnung/Stellungnahme	
	1. Art. 71 GG und konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen	170
	der Länder	196
	2. Fehlende Kompetenzübertragung	
	a) Fehlende inhaltliche Anforderungen durch Kompetenz-	
	zuweisungen	199
	b) Formaler Charakter der Kompetenznormen	
	3. Fehlende Beeinträchtigung der Eigenstaatlichkeit der Länder	
	a) Drei-Elemente-Lehre	
	b) Kein Kooperationsverbot für Bund und Länder	
	4. Fehlende Aufgabe der Staatlichkeit des Bundes	
	5. Regional unterschiedliches Bundesrecht.	
	6. Ausnahme: Verweisungen von Bundesrecht auf das Recht	,
	eines Landes	205
	7. Zusammenfassung	

	reinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgebot sowie dem Gebot r Normenklarheit	207
	weisungsrelevante Anforderungen des Bestimmtheitsgebots	200
	ie des Gebots der Normenklarheit	
B. Ver	fassungsrechtliche Bewertung	211
I.	Vorbemerkung	211
II.	Allgemeine Kritikpunkte	
	1. Generelle Unbestimmtheit der Verweisungstechnik	
	2. Bedenken aufgrund der Dynamik der Verweisung	214
	erschwerte Auffindbarkeit	214
	b) Keine generelle Unbestimmtheit durch Änderungsmöglichk	eit
	des Verweisungsobjekts	215
	c) Fehlender Anspruch auf unverändertes Fortbestehen	
	der Rechtslage	216
	3. Möglichkeit des fehlerhaften Zusammenwirkens von	
	Verweisungsnorm und Verweisungsobjekt	
III.	Allgemeine Anforderungen an dynamische Verweisungen	217
	1. Grundvoraussetzung für die Verweisungsnorm	
	2. Verständlichkeitsmaßstab	
	3. Bezeichnung des Verweisungsobjekts	
	a) Bedingte Verweisungen	∠∠∪
	b) Erhöhte Anforderungen im grundrechtsrelevanten Bereich c) Erfordernis der "Begrenzung" der Verweisung?	
	4. Bestimmtheit und Klarheit des Verweisungsobjekts sowie	221
	der zusammengesetzten Regelung	222
IV.	Differenzierung zwischen normergänzenden und	<i>Lu Lu Lu</i>
14.	normkonkretisierenden Verweisungen	223
V.	Bedenken gegen bestimmte Verweisungsformen	
٧.	1. Kettenverweisungen	
	a) Keine generelle Unbestimmtheit oder Unklarheit	
	b) Übermäßige Länge und/oder Komplexität der Verweisung	226
	2. Globalverweisungen	
	3. Verweisungsanalogien	
	4. Verweisungen auf Unionsrecht	
VI.	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
§ 5 Ve	reinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip	233
A. Ver	weisungsrelevante Gehalte des Gewaltenteilungsprinzips	233
I.	Keine strikte Gewaltentrennung	235

11.	Schutz der Gewichtsverteilung sowie der Kernbereiche	
	der Gewalten	235
B. Ver	fassungsrechtliche Bewertung	236
I.	Verweisungen auf Vorschriften der Exekutive	
	1. These der unzulässigen Übertragung von Rechtsetzungs-	
	befugnissen	237
	2. Annahme der Vereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip	
	3. Stellungnahme	
	a) Umgehung der Grundaussagen des Art. 80 Abs. 1 GG	
	b) Unterschiedliche Kontrollmaßstäbe und -möglichkeiten	241
	c) Unerheblichkeit der eigenen Entscheidung des Verweisungs	
	normgebers	
	d) Kein Verweis auf die entsprechende Ermächtigungsnorm	243
	e) Verweisungen auf Rechtsverordnungen im ursprünglichen	
	Anwendungsbereich	
	f) Normkonkretisierende Verweisungen	
II.	Verweisungen zwischen formellen Gesetzen	244
III.	Verweisungen von Vorschriften der Exekutive auf formelle	
77.7	Gesetze	
IV.	Verweisungen im Bund-Länder Verhältnis und auf Unionsrecht	
V.	Verweisungen auf Vorschriften nichtstaatlicher Institutionen  1. These der Unvereinbarkeit mit dem Gewaltenteilungsprinzip	
	These der Univerembarken mit dem Gewahemenungsprinzip     Differenzierung zwischen normergänzenden und	24)
	normkonkretisierenden Verweisungen	248
	3. Stellungnahme	
VI	Zusammenfassung	
11.	<u> </u>	
\$ 6 Ve	reinbarkeit mit Art. 80 Abs. 1 GG	251
§ 7 Ge	samtergebnis zu Kapitel 2	253
	-	
Kapit	el 3: Verweisungen des Grundgesetzes	255
§ 1 Üb	erprüfbarkeit anhand des Art. 79 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 GG	257
§ 2 Ve	reinbarkeit mit Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG	259
A. Mei	nungsstand	259
I.	Umfassende Zulässigkeit dynamischer Verweisungen	
	Übertragung einfachgesetzlicher Ansätze	

	III.	Differenzierung zwischen spezifizierten Einzelverweisungen	
		und umfangreichen Globalverweisungen	.261
	IV.	Josef Isensee	.262
	V.	Unvereinbarkeit dynamischer Verweisungen mit Art. 79 Abs. 1	
		S. 1 GG	
	VI.	Bundesverfassungsgericht	
	VII.	Kritik	265
B	. Wor	tlaut des Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG	265
	I.	Änderung oder Ergänzung (des Wortlauts)	265
		1. Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG als Textänderungsgebot	265
		2. Ergänzung des Wortlauts des Grundgesetzes	267
		3. Bedeutung für die Verweisungsproblematik	
		a) Änderung i.S.d. Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG trotz Fortbestehens	
		des Wortlauts der Verweisungsnorm	
		<ul> <li>b) Differenzierung zwischen Einzel- und Globalverweisungen</li> <li>c) Ausreichende Textänderung durch Einfügung der</li> </ul>	.269
		Verweisungsnorm?	.270
	II.	Ausdrücklichkeit der Änderung	
		1. Inhalt des Ausdrücklichkeitserfordernisses	
		2. Bedeutung für die Verweisungsproblematik	
	III.	"Durch ein Gesetz"	
		1. Änderung durch die Inkorporation des Inhalts des	.,
		Verweisungsobjekts	273
		2. Umgehung des Gesetzeserfordernisses	
	IV.	Stellung der Wortlautänderung.	
	V.	Zusammenfassung	
_		<u> </u>	
C.	Histo	orische und teleologische Auslegung	
	I.	Vorgängernormen des Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG	
	II.	Praxis der "Verfassungsdurchbrechungen" unter der WRV	.277
	III.	Entwicklung des Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG	279
	IV.	Zwecke des Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG	.280
	V.	Bedeutung für die Verweisungsproblematik	.283
		1. Unterschiede zwischen Verfassungsdurchbrechungen und	
		dynamischen Verweisungen	.283
		2. Gemeinsamkeiten dynamischer Verweisungen mit Verfassungs	
		durchbrechungen	
		a) Verfassungsrecht außerhalb der Verfassungsurkunde	
		b) Besondere Bedeutung der Urkundlichkeit aus	
		historischer Sicht	.285
		c) Stillschweigende Verfassungsänderungen und	00
		Intransparenz	285

des Textänderungsgebots e) Missbrauchsgefahr		d) Umgenung der warn- und Reflektionsfunktion	
f) Zwischenergebnis		des Textänderungsgebots	286
D. Systematische Auslegung		e) Missbrauchsgefahr	287
I. Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG			
1. Historischer Hintergrund des Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG	D. Sy:	stematische Auslegung	288
1. Historischer Hintergrund des Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG	l.	Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG	288
2. Divergierende Auffassungen zur Rechtswirkung des Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG			
a) Überflüssig und/oder verfassungswidrig			
a) Überflüssig und/oder verfassungswidrig		Abs. 1 S. 2 GG	289
b) Ermöglichung eines Anwendungsvorrangs			
c) Verleihung von Verfassungsrang für die Vertragsnormen			
die Vertragsnormen			
e) Stellungnahme		d) Gestattung unspezifizierter Globalverweisungen auf	
e) Stellungnahme		die Vertragsnormen	292
bb) Entstehungsgeschichte des Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG			
cc) Zwischenergebnis mit Blick auf die Verweisungsproblematik		aa) Wortlaut des Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG	292
problematik		bb) Entstehungsgeschichte des Art. 79 Abs. 1 S. 2 GG	294
II. Bestehende Verweisungen des Grundgesetzes		cc) Zwischenergebnis mit Blick auf die Verweisungs-	
1. Rückschlüsse aus der Existenz dynamischer Verweisungen in der Urfassung des Grundgesetzes		problematik	295
in der Urfassung des Grundgesetzes	II.	Bestehende Verweisungen des Grundgesetzes	295
a) Unterschiedliche Bindungen des Verfassungsgebers und des verfassungsändernden Gesetzgebers		1. Rückschlüsse aus der Existenz dynamischer Verweisungen	
des verfassungsändernden Gesetzgebers			296
b) Fehlende Erörterung der Gesetzgebungstechnik im Parlamentarischen Rat		a) Unterschiedliche Bindungen des Verfassungsgebers und	
Parlamentarischen Rat		des verfassungsändernden Gesetzgebers	296
c) Sondersituation des Art. 25 GG			
d) Zwischenergebnis			
2. Rückschlüsse aus der Einfügung neuer dynamischer Verweisungen in das Grundgesetz			
Verweisungen in das Grundgesetz		d) Zwischenergebnis	302
III. Zusammenfassung			
E. Vergleich mit dem sog. "Verfassungswandel"			
I. Begriff und Bedeutung des Verfassungswandels	III.	Zusammenfassung	304
II. Vergleich mit dynamischen Verweisungen des Grundgesetzes307  F. Gesamtbeurteilung	E. Ve	rgleich mit dem sog. "Verfassungswandel"	305
II. Vergleich mit dynamischen Verweisungen des Grundgesetzes307  F. Gesamtbeurteilung	I.	Begriff und Bedeutung des Verfassungswandels	305
F. Gesamtbeurteilung			
I. Verweisungen als implizite Änderungen des Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG?	E Go		
S. 1 GG?		_	309
II. Ausnahme für Verweisungen auf Unionsrecht	I.		210
1. (Anwendungs-)Vorrang des Unionsrechts311	TT		
	11.		

		J. ZJW ISCHOLICI ZCOTTIS	
	II.	Entwicklung der Vorschrift in den Beratungen zum Grundgesetz	331
		1. Der Herrenchiemseer Entwurf	331
		2. Beratungen im Parlamentarischen Rat	332
	III.	Bedeutung für die Verweisungsproblematik	335
C	. Syst	ematische Auslegung	336
	I.	Verhältnis zu Art. 42 Abs. 2 S. 1 sowie Art. 52 Abs. 3 S. 1 und	
		Art. 77 Abs. 3, 4 GG	336
	II.	Bestehende Verweisungen des Grundgesetzes	
		Zwischenergebnis	
D	. Tele	ologische Auslegung	.339
	I.	Zweck des Art. 79 Abs. 2 GG	.339

Bedeutung für die Verweisungsproblematik......341

Verweisungen? 343 Ausnahme für Verweisungen auf Unionsrecht ......345

E. Gesamtbewertung.......343

Abänderung des Art. 79 Abs. 2 GG durch dynamische

III.

Ĭ. II.

Ш.

II.

I.

II. III.

	2.10
§ 4 Gesamtergebnis zu Kapitel 3	.349
Kapitel 4: Gesamtergebnis der Untersuchung	.351
Literaturverzeichnis	.355
Sachregister	